

Inhaltsverzeichnis

I.	Die Berufskammern zwischen Kammer- und Wettbewerbsrecht	15
II.	Die Regelung der Berufsaufsicht in der BRAO: Aufgaben- und Reaktionsspektrum der Rechtsanwaltskammern bei Berufsrechtsverstößen ihrer Mitglieder	19
1.	Aufsichtsrechtliche Befugnisse der Rechtsanwaltskammern	21
a)	Präventiv-informelle sowie missbilligende Belehrung	22
b)	Rügerecht des Vorstandes	23
c)	Antrag auf anwaltsgerichtliches Verfahren	23
d)	Flankierende Befugnisse der Kammer	25
aa)	Auskunftsanspruch des Kammervorstandes	25
bb)	Erhebung einer Gebühr gegenüber dem betroffenen Rechtsanwalt	27
2.	Verteidigungs- und Rechtsschutzmöglichkeiten der betroffenen Mitglieder	28
a)	Recht zur Stellungnahme aus § 74 Abs. 3 BRAO	29
b)	Akteneinsichtsrecht	29
c)	Rechtsbehelfe	30
3.	Keine Befugnis zum Erlass einer Unterlassungsverfügung	32
4.	Defizite des hoheitlichen Aufsichtsinstrumentariums der Kammern im Vergleich zu wettbewerbsrechtlichen Maßnahmen?	32

III. Das Wettbewerbsrecht als verlängerter Arm kammereigener Berufsaufsicht	35
1. Klagebefugnis und Aktivlegitimation für wettbewerbsrechtliche Ansprüche nach § 8 Abs. 3 Nr. 2 UWG	36
a) Interessendifferenz zwischen Berufsaufsicht und Wettbewerbsrecht	38
b) § 8 Abs. 3 Nr. 2 UWG als Erweiterung der Aufgaben oder Erweiterung des Handlungsinstrumentariums der Kammern?	40
c) Geeignete Adressaten wettbewerbsrechtlicher Ansprüche der Kammern	45
aa) Eigene Kammermitglieder	46
bb) Fremde Kammermitglieder	47
cc) Nicht verkammerte Einzelpersonen	51
dd) Rechtsanwaltszusammenschlüsse	52
(1) Rechtsanwalts-GmbH	54
a) Berufsaufsichtlicher Status	54
aa) Bindung an die BORA	54
ββ) Fehlen einer Rügebefugnis	56
β) Wettbewerbsrechtliche Inanspruchnahme als Unternehmen – Kompatibilität mit der berufsaufsichtlichen Sanktionsordnung	58
(2) Zusammenschlüsse von Rechtsanwälten in anderen Gesellschaftsformen	60
a) Berufsaufsichtlicher Status	60
β) Wettbewerbsrechtliche Inanspruchnahme als Unternehmen – Kompatibilität mit der berufsaufsichtlichen Sanktionsordnung	62
(3) Zwischenergebnis	67
2. Relevante Verbotstatbestände	69
a) Tatbestände des Berufsrechts mit Wettbewerbsbezug – doppelt relevante Berufsrechtsverstöße	69
aa) § 4 Nr. 11 UWG	69
bb) Weitere Beispieltatbestände des § 4 UWG?	75
cc) § 3 Abs. 1 UWG als Auffangtatbestand?	79
b) Wettbewerbsrechtliche Tatbestände ohne Bezug zum Berufsrecht	80
aa) Rechtsverstöße eigener Mitglieder	80
bb) Rechtsverstöße fremder Kammermitglieder sowie nicht verkammerter Personen	83

IV. Verfassungs- und unionsrechtliche Determinanten für das wettbewerbsrechtliche Vorgehen gegen Kammermitglieder	87
1. Wettbewerbsrechtliche Interessenvertretung als Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe mit zivilrechtlichen Mitteln	87
2. Wettbewerbsrechtliche Maßnahmen als Eingriffe in die Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)	89
a) Gesetzgebungskompetenz	91
b) Verhältnismäßigkeit	91
c) Bestimmtheit	93
3. Gleichmäßigkeit der aufsichtsrechtlichen Praxis (Art. 12 Abs. 1 i. V. m. Art. 3 Abs. 1 GG)	94
4. Gebot prozessualer Waffengleichheit (Art. 3 Abs. 1, Art. 20 Abs. 3, Art. 103 Abs. 1 GG)	95
5. Verbot der Doppelbestrafung (103 Abs. 3 GG)?	96
6. Unionsrechtliches Kartellrecht	97
V. Verhältnismäßigkeit wettbewerbsrechtlicher Verfolgung eigener Mitglieder als Nagelprobe der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit	103
1. Legitimer Zweck und Geeignetheit des wettbewerbsrechtlichen Vorgehens	103
2. Erforderlichkeit wettbewerbsrechtlicher Maßnahmen	105
a) Erforderlichkeit der wettbewerbsrechtlichen Handlungsbefugnis	105
aa) Berufsaufsichtliche Sanktionierung als milderes Mittel	105
bb) Effektivitätsvor- und -nachteile des Wettbewerbsrechts	109
(1) Zielgerechte Verfolgung: verschuldensunabhängige Inanspruchnahme	109
(2) Zeitgerechte Verfolgung: Eilrechtsschutz und Vollstreckung aus einer einstweiligen Verfügung	110
(3) Sachlicher Schutzmfang wettbewerbsrechtlicher Unterlassungstitel	111
a) Vergleich zur Präventionswirkung der berufsaufsichtlichen Belehrung	113

β) Vergleich zur Präventionswirkung der berufsaufsichtlichen Rüge	113
cc) Umgestaltung der berufsaufsichtlichen Sanktionsmöglichkeiten als milderes Mittel?	114
b) Umsetzung des Erforderlichkeitsgebots bei der Anwendung im Einzelfall: Gebot des Vorrangs berufsaufsichtlicher Sanktionierung	115
aa) Konsekutive Aneinanderreihung des berufsrechtlichen und wettbewerbsrechtlichen Verfahrens	116
bb) Doppelbelastung durch parallele Verfahren	118
(1) Verfahrensrechtliche Doppelbelastung	118
(2) Materiellrechtliche Doppelbelastung	119
cc) Systematischer Vergleich zu anderen Doppelsanktionierungskonstellationen	120
(1) Regelungen für Rechtsanwälte	120
a) Verfahrensrechtliche Konkurrenzregelungen	120
αα) Verfahrensrechtliches Verhältnis des anwaltsgerichtlichen Verfahrens zu den Verfahren anderer Berufsgerichtsbarkeiten (§ 110 Abs. 1 S. 1 BNotO; § 118a Abs. 1 BRAO) – Fallgruppe Doppelberufler	120
ββ) Verhältnis des anwaltsgerichtlichen Verfahrens zum Straf- oder Bußgeldverfahren (§ 118 BRAO); Analogien aus dem Verhältnis von Berufsrecht und Strafrecht	122
β) Materiellrechtliche Konkurrenzregelung: Erfordernis eines »disziplinarischen Überhangs« für eine zusätzliche anwaltsgerichtliche Ahndung (§ 115b BRAO)	124
(2) Regelungen für Beamte und Vertragsärzte sowie andere freie Berufe	127
α) Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Ärzte und sonstige freie Berufe	128
αα) Verfahrensrechtliche Konkurrenz	128
ββ) Materiellrechtliche Konkurrenz	129
β) Beamte	129

dd) Schlussfolgerungen für das wettbewerbsrechtliche Verfahren	131
ee) Fallgruppen wettbewerbsrechtlichen Überhangs	133
(1) Berufsrechtliche Wiederholungsgefahr (ohne vorangegangene berufsaufsichtliche Ahndung)	134
(2) Fortgesetzter Verstoß trotz berufsaufsichtlicher Belehrung oder Rüge	134
(3) Erstbegehungsgefahr mit erkennbarer Weigerung, möglichen berufsrechtlichen Sanktionen Folge zu leisten	135
(4) Eilbedürftigkeit staatlichen Handelns zur Vermeidung unumkehrbarer oder nachhaltiger größerer Schäden	136
ff) Schlussfolgerungen für das zeitliche Verhältnis wettbewerbsrechtlicher und berufsrechtlicher Verfahren: Grundsatz des zeitlichen Vorrangs des berufsaufsichtlichen Verfahrens	137
(1) Befugnis zur Einleitung des wettbewerbsrechtlichen Verfahrens	139
(2) Zusätzliches berufsaufsichtliches Verfahren nach wettbewerbsrechtlicher Verfahrenseinleitung?	142
3. Angemessenheit wettbewerbsrechtlicher Maßnahmen	143
a) Gefährdungen	144
b) Sicherungsmechanismen	145
 VI. Grundrechtsschutz durch Verfahren und die Zuständigkeitsordnung	149
1. Zuständigkeit als Sicherung des Grundrechtsschutzes und der Legitimationsordnung	149
a) Grenzen der Aufgabendelegation und der Wahrnehmung einer Vertretungsbefugnis für andere Organe als den Vorstand	152
aa) Verbot der Delegation auf einzelne Vorstandsmitglieder	152
bb) Aufgabendelegation auf Abteilungen	154
cc) Aufgabendelegation auf das Präsidium	156

dd) Übertragung der Aufgabe auf den Kammerpräsidenten bzw. originäre Zuständigkeitskompetenz?	158
(1) Abgeleitete Befugnis	158
(2) Eigene gesetzliche Befugnis des Kammerpräsidenten gem. § 80 Abs. 1 BRAO	160
ee) Aufgabendelegation auf den Geschäftsführer der Kammer	166
ff) Zusammenfassung	166
b) Schlussfolgerungen für die Durchführung wettbewerbsrechtlicher Verfahren	167
2. Gebot prozessualer Waffengleichheit	168
a) Kein Auskunftsrecht der Kammer im wettbewerbsrechtlichen Verfahren nach § 56 Abs. 1 S. 1 BRAO	168
b) Auskunftsverweigerungsrecht des Rechtsanwalts nach § 56 Abs. 1 S. 2 BRAO analog und Verwertungsverbot im wettbewerbsrechtlichen Verfahren für Erkenntnisse, die die Kammer hoheitlich aufgrund § 56 Abs. 1 S. 1 BRAO erlangt hat?	171
aa) Vergleich zur Verfolgung von privatrechtlichen Schadensersatzansprüchen auf der Grundlage (öffentlicht-rechtlicher) Kartellverfahren	172
bb) Fehlen ausdrücklicher Sicherungen gegen einen Missbrauch hoheitlich erlangter Informationen	173
cc) Auskunftsverweigerungsrecht nach § 56 Abs. 1 S. 2 BRAO analog	175
dd) Verwertungsverbot als Folge des Auskunftsverweigerungsrechts	178
c) Zwischenfazit	181
3. Recht des Rechtsanwalts auf Einsicht in die wettbewerbsrechtliche Verfahrensakte	181
a) Formelles versus materielles Verständnis des Begriffs der Personalakte	183
aa) Formeller Begriff der Personalakte	183
bb) Materieller Begriff der Personalakte	184
b) Anwendbarkeit des § 58 Abs. 1 BRAO auf wettbewerbsrechtliche Verfahren	185
c) Einschränkung des Akteneinsichtsrechts im Hinblick auf berechtigte Interessen der Rechtsanwaltskammer?	189

d) Einsichtsrecht in Sitzungs- und Beschlussprotokolle des Vorstandes	191
aa) Vergleich zur informatorischen Rechtsstellung von Vereinsmitgliedern	192
bb) Restriktive Haltung des BVerwG zu Auskunftsbegehren der Mitglieder einer Zwangskörperschaft	193
cc) Einsichtsrechte als Annex zum bereichsspezifischen Kontrollrecht des § 112f Abs. 2 BRAO	194
4. Recht des Rechtsanwalts zur Stellungnahme im wettbewerbsrechtlichen Verfahren	196
a) Rechtslage im berufsaufsichtlichen Verfahren (§ 74 Abs. 3 BRAO)	196
b) Übertragbarkeit des Grundgedankens von § 74 Abs. 3 BRAO auf das wettbewerbsrechtliche Verfahren	197
c) Einschränkung des Rechts auf Stellungnahme im einstweiligen Verfügungsverfahren des Wettbewerbsrechts im Interesse des Sicherungszwecks des Verfahrens?	198
aa) Angreifervorteil durch Erlass einer einstweiligen Verfügung ohne mündliche Verhandlung	198
bb) Hinterlegung einer Schutzschrift als proaktives Verteidigungsinstrument	199
cc) Verpflichtung zur Abmahnung	200
dd) Ausnahmen von der Abmahnverpflichtung	202
5. Besonderheiten bei der Beauftragung eines externen Rechtsanwalts im Wettbewerbsprozess	202
a) Rechtsanwaltskosten als Teil des allgemeinen Prozessrisikos	204
b) Organtreuepflicht, Wirtschaftlichkeitsgebot und Schädigungsverbot als Grenzen	205
c) Schlussfolgerungen und Auswahlgrundsätze für die Auswahl externer Rechtsanwälte	206

VII. Zusammenfassung	207
1. Verhältnis von wettbewerbsrechtlichem und berufsaufsichtlichem Verfahren	207
2. Kammerinterne Zuständigkeitsverteilung	209
3. Verfahrensrechtliche Schutzmechanismen	210
4. Anpassung des zivilgerichtlichen Prüfungsrahmens	212
5. Ausblick und rechtspolitische Desiderate	213
Literaturverzeichnis	215
Sachregister	223